



## Faktenblatt

16.04.2008

# Strategie Nachhaltige Entwicklung: Leitlinien und Aktionsplan 2008–2011

## Gute Beispiele

### Aktionsplan

Bei der «Strategie Nachhaltige Entwicklung: Leitlinien und Aktionsplan 2008–2011» handelt es sich nach 1997 und 2002 um die dritte Nachhaltigkeitsstrategie. Der Aktionsplan enthält 30 Massnahmen. Bei einigen davon handelt es sich um eine Weiterführung der Massnahmen der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002. Mit Hilfe von vier ausgewählten Beispielen aus vier verschiedenen Bereichen werden die bisher erzielten Ergebnisse aufgezeigt und dargelegt, wie sie im Rahmen der neuen Strategie weiterentwickelt werden.

### Schlüsselherausforderung 2 – Energie

#### Massnahme 2.1: Programm EnergieSchweiz<sup>1</sup>

Das Programm EnergieSchweiz wurde am 30. Januar 2001 als «Plattform für eine intelligente Energiepolitik» von Moritz Leuenberger auf der Basis des Energie- und CO<sub>2</sub>-Gesetzes lanciert. EnergieSchweiz soll den Verfassungs- und Gesetzesauftrag zur Förderung der rationellen Energieverwendung und zum Einsatz erneuerbarer Energien erfüllen, die energie- und klimapolitischen Ziele der Schweiz mit konkreten Massnahmen unterstützen und damit eine nachhaltige Energieversorgung einleiten.

Seit seiner Lancierung hat sich EnergieSchweiz als echtes Erfolgsprodukt der Schweizer Energie- und Klimapolitik erwiesen. Ohne EnergieSchweiz und sein Vorgängerprogramm Energie 2000 würden in der Schweiz die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 2,8 Millionen Tonnen und der Verbrauch an fossiler Energie mehr als 8% über dem heutigen Niveau liegen. Der gesamtschweizerische Stromverbrauch läge rund 4,5% über dem aktuellen Niveau. Dank EnergieSchweiz konnte die effiziente Energienutzung verstärkt und der Anteil der erneuerbaren Energien wesentlich erhöht werden. Das Programm ist zu einem bedeutenden Antriebsfaktor für Innovationen in der Wirtschaft geworden.

---

<sup>1</sup> [www.bfe.admin.ch/energie/00458](http://www.bfe.admin.ch/energie/00458)



Für die zweite Etappe zwischen 2006 und 2010 setzt das Programm EnergieSchweiz auf Kontinuität und noch mehr Wirkung, um damit den Beitrag an die Ziele der Energie- und Klimapolitik zu verstärken. Im Mittelpunkt der zweiten Programmetappe steht die Förderung der Energieeffizienz in allen Marktbereichen. Die Schwerpunkte werden wie folgt gesetzt: (1) Gebäudemodernisierung (z.B. umfassende Information der Liegenschaftseigner über die energetischen Aspekte bei der Gebäudemodernisierung), (2) erneuerbare Energien (z.B. Bereitstellung von mehr Instrumenten zur Förderung der erneuerbaren Energien), (3) energieeffiziente Geräte und Motoren (z.B. bessere Nutzung der Sparpotenziale in den Bereichen Haushaltgeräte, Elektronik, Licht und elektrische Antriebe), (4) rationelle Energie- und Abwärmenutzung der Wirtschaft (z.B. Einbindung von 50% der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Brennstoffen des Bereichs Industrie und Dienstleistungen in Zielvereinbarungen), (5) energieeffiziente und emissionsarme Mobilität (z.B. Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses der Neuwagenflotte auf 140 g/km bis im Jahr 2010 und gleichzeitige substantielle Reduktion des Energieverbrauchs und des Ausstosses von Luftschadstoffen).

#### **Schlüsselherausforderung 4 – Wirtschaft, Produktion und Konsum** **Massnahme 4.1: Integrierte Produktpolitik IPP<sup>2</sup>**

Die Integrierte Produktpolitik (IPP) ist eine Politik, die zum Ziel hat, Produkte bezüglich ihrer Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft entlang des gesamten Lebensweges, von Planung, Herstellung, Nutzung bis zur Entsorgung zu verringern. Es werden alle beteiligten Akteure mit einbezogen und dort Massnahmen ergriffen, wo sie am wirkungsvollsten sind. Um diese Ziele zu erreichen, müssen die IPP-Prinzipien in andere Politiken wie die Handelspolitik oder die Beschaffungspolitik integriert werden.

Es gibt es eine Vielzahl von Instrumenten – freiwillige und obligatorische – welche zur Zielerreichung beitragen können. Dies sind zum Beispiel: Lebenszyklus-Analysen, verbesserte Kenntnisse über Material- und Güterflüsse, Branchenvereinbarungen, Labels oder Richtlinien für die Produktgestaltung sowie Entscheidungshilfen für Einkaufsverantwortliche. Konkrete Anwendungen liegen bereits vor. Mit der Empa-Studie über die Ökobilanzen verschiedener Biotreibstoffe – «Biotreibstoff» bedeutet noch lange nicht umweltfreundlich<sup>3</sup> – konnte zum Beispiel eine wichtige Grundlage für die gesetzgeberische Arbeit geleistet werden.

Im Rahmen des Aktionsplans will der Bund über die öffentliche Nachfrage (nachhaltige Beschaffungspraxis des Bundes) und mit fundierten ressourcenrelevanten Informationen für Hersteller und Käufer bewirken, dass vermehrt nachhaltig ausgerich-

---

<sup>2</sup> [www.bafu.admin.ch/produkte](http://www.bafu.admin.ch/produkte)

<sup>3</sup> [www.bfe.admin.ch/energie/00588/00589/00644/index.html?lang=de&msg-id=12653](http://www.bfe.admin.ch/energie/00588/00589/00644/index.html?lang=de&msg-id=12653)



tete Produkte und Dienstleistungen angeboten werden. Weiter sind im Rahmen einer nachhaltigen Materialwirtschaft Strategien zur Verringerung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltauswirkungen bei gleichwertiger oder erhöhter Produktqualität vorzuschlagen.

#### **Schlüsselherausforderung 4 – Wirtschaft, Produktion und Konsum** **Massnahme 4.2: Nachhaltiges Bauen<sup>4</sup>**

Das «nachhaltige Bauen» wurde 2004 von Bund, Bauherrschaften, Hochschulen, Planern und der Bauwirtschaft in der Norm SIA 112/1 definiert und mit Kriterien und Zielvereinbarungen konkretisiert. Bereits schon seit langem stellen die Bauherrschaften von Bund, Kantonen und Städten (KBOB und Verein eco-bau) Planungswerkzeuge für nachhaltiges Bauen zur Verfügung. Mit Hilfe dieser Grundlagen wurde der neue Standard «Minergie-ECO» entwickelt – zahlreiche Neubauten öffentlicher Auftraggeber erfüllen diesen Standard bereits heute oder streben ihn für Neubauten an.

Angesichts der grossen Bedeutung, welche das Bauen für unsere Gesellschaft hat – vgl. beispielsweise die volkswirtschaftliche Dimension: die jährlichen Bauausgaben in der Schweiz betragen über 50 Mia. Franken, davon ein Drittel von öffentlichen Auftraggebern –, will die vorliegende Strategie mit der Massnahme «nachhaltiges Bauen» in diesem Bereich neue Schwerpunkte setzen: Der Bund will für seine Immobilien eine nachhaltige Strategie (inkl. Vereinbarung zur Begrenzung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Bundesbauten) formulieren. Weiter will er Bauleistungen und Bauwerke beschaffen, die über ihren gesamten Lebensweg hohen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Anforderungen genügen. Schliesslich will der Bund auch Einfluss nehmen auf das Bauwesen, sei es über baurelevante Programme (wie z.B. EnergieSchweiz), sei es über die Mitgestaltung von Vorschriften, Normen und Standards im Bau (z.B. Minergie-ECO) oder auch durch die Stärkung des Netzwerks zum nachhaltigen Bauen in der Schweiz.

#### **Transversales Themenfeld: 10 – Bildung, Forschung, Innovation** **Massnahme 10.1: Weiterführung der Politik zur Verankerung der Nachhaltigen Entwicklung in den Schweizer Schulen<sup>5</sup>**

Die Qualität und die Ausrichtung des Bildungssystems sind zentrale Faktoren für die Befähigung künftiger Generationen, die Ziele der Strategie Nachhaltige Entwicklung des Bundesrates effektiv umzusetzen. Die Integration der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) muss deshalb auf allen Ebenen – vom Kindergarten bis zur Hochschule – vorangetrieben werden.

---

<sup>4</sup> [www.bbl.admin.ch/kbob/00465/00469](http://www.bbl.admin.ch/kbob/00465/00469)

<sup>5</sup> [www.edk.ch/d/EDK/Geschaefte/framesets/mainAktivit\\_d.html](http://www.edk.ch/d/EDK/Geschaefte/framesets/mainAktivit_d.html)



Um die BNE in der obligatorischen Schule zu verankern, wurde 2003 die Plattform BNE EDK-Bund gegründet. Neben dem Generalsekretariat der Schweizerischen Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) beteiligen sich sechs in der Thematik aktive Bundesstellen<sup>6</sup>. Durch die institutionalisierte Zusammenarbeit der Mitglieder kann eine einheitliche Strategie zur Integration der verschiedenen Bildungsanliegen der beteiligten Bundesämter im Bereich BNE verfolgt werden (Umweltbildung, Gesundheitsförderung, globales Lernen und Menschenrechte). Im Rahmen der UNO-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung 2005–2014 hat die Plattform BNE einen Massnahmenplan BNE 2007–2014 erstellt. Der Massnahmenplan will die Integration der BNE anhand von vier Massnahmen erreichen: (1) Integration der BNE in die geplanten sprachregionalen Lehrpläne, (2) in die Lehrerausbildung, (3) in die Qualitätsentwicklung von Schulen sowie (4) vermehrte internationale Zusammenarbeit.

Seit dem teilrevidierten Fachhochschulgesetz aus dem Jahr 2006 sind die Fachhochschulen verpflichtet, bei der Erfüllung ihrer Aufgaben für eine Nachhaltige Entwicklung zu sorgen. Die neuen rechtlichen Grundlagen ermöglichen zudem ein Akkreditierungssystem im Fachhochschulbereich, welches sich an internationalen Qualitätsstandards orientiert. Die Fachhochschulen werden aufgefordert, ein nachhaltigkeitsgerechtes Studien- und Dienstleistungsangebot anzubieten sowie die Forschungsaktivitäten in diesem Sinne auszurichten.

Dieser Reformprozess im Hochschulbereich muss im Rahmen der Erarbeitung des neuen Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination des schweizerischen Hochschulbereichs (HFKG) weitergeführt werden, dessen Inkraftsetzung für 2012 vorgesehen ist.

---

<sup>6</sup> Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), Bundesamt für Umwelt (BAFU), Bundesamt für Gesundheit (BAG), Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SFB)